

nahmen mit tragbaren Mieten durch Bund und Gemeinden zu entwickeln.

Die Privatisierung der Siedlungen ist unter den gegenwärtigen Bedingungen kein geeigneter Weg zur Erhaltung der bestehenden Sozialstrukturen, da die meisten Familien zum Erwerb der Häuser finanziell nicht in der Lage sind. Schon eine durch Modernisierungsmaßnahmen bedingte wesentliche Mieterhöhung würde diese Familien aus den Siedlungen vertreiben, was unbedingt verhindert werden muß. Es gilt also, ein ganzes Bündel von Problemen zu beraten und zu entscheiden. Und die Zeit drängt.

F.D.P.: Erhaltung durch Sanierung

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Herbert Neu:

Zechenkolonien und Arbeitersiedlungen gehören genauso zum Gesicht des „Kohlenpotts“ wie Fördertürme, Hüttenwerke und Kokereien. Ihre Erhaltung ist deshalb nicht allein aus sozialen Erwägungen, sondern auch aus denkmalpflegerischen Gesichtspunkten notwendig. Renovierung und Modernisierung mit Hilfe von Landesmitteln sind nur dort sinnvoll, wo die Wohnqualität auch für die nächsten Jahrzehnte noch gesichert ist. Dies bedeutet im einzelnen:

1. Eine gesunde Sozialstruktur muß vorhanden sein, insbesondere muß ein Interesse auch jüngerer Leute an den Häusern bestehen.
2. Beim Angebot des Verkaufs an die Bewohner mit sich anschließender Modernisierung muß sichergestellt sein, daß für die Bewohner nur vertretbare Belastungen entstehen.
3. Die Kosten für die Renovierung und Modernisierung müssen emotionslos sowohl nach städtebaulichen als auch denkmalpflegerischen Gesichtspunkten überprüft werden.
4. Der Ersatz durch Neubau von Wohnblocks erscheint wegen der oftmals durch die industrienahe Lage bedingten Immissionsgefahr nicht sinnvoll.
5. Die individuell angelegten Gärten innerhalb von Zechenkolonien bieten stärkeren Schutz gegen Immissionen als „normierte“ Rasengebiete moderner Wohnblocks.

Die Aufgabe der Stadtplaner und Denkmalschützer ist es, festzustellen, in welchen Standorten der Einsatz von Steuergeldern zu diesem Ziele führt. Erhaltungswert und damit auch förderungswürdig sind nur diejenigen Siedlungen, die von der Altersstruktur der Bewohner und der sogenannten Infrastruktur her eine dauerhafte Nutzung erwarten lassen.

Gedankenloser Ersatz durch „seelenlose Wohnmaschinen“ mag der Erhöhung der Bodenrendite dienen, nützt aber nicht den Bewohnern des „Reviere“.

Porträt der Woche

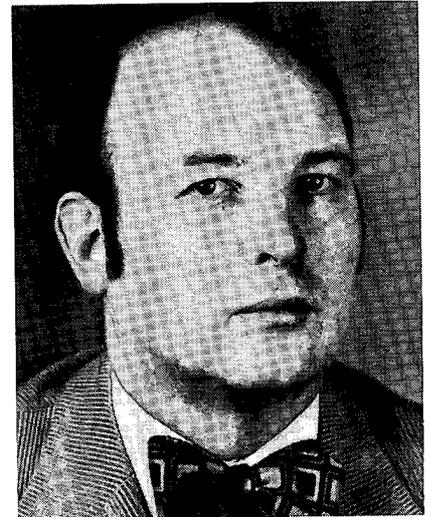
Vor sechs Jahren, als Günter Meyer zur Heide erstmals direkt in den Landtag gewählt worden war, meinte eine – inzwischen eingestellte – Zeitschrift für SPD-Mitglieder, daß er sicherlich nicht widerspräche, wenn man ihn als Linken einstufe. Er widerspricht auch heute nicht generell, aber er wehrt sich mit Vehemenz gegen diesen mehr und mehr negativ befrachteten, oberflächlichen Klischeebegriff.

Nicht Ideologie, sondern die Bewältigung praktischer Probleme sei Aufgabe der Politik, sagt Meyer zur Heide. Dem Denken in Extremen ist er abhold. Aber er bekennt auch, sich niemals einfach mit vorgefundenen Gegebenheiten abzufinden, die negative Auswirkungen auf welchem Gebiet auch immer hätten. „Wenn man das tut, dann hat man den Anspruch verspielt, Politiker sein zu wollen.“

Er hat seine Meinung, dieser Elektromechaniker aus dem ostwestfälischen Lippinghausen. Und er sagt sie auch. Aber nicht vorschnell, so scheint es, sondern erst nach reiflicher Überlegung. Und er sagt sie auch dann, wenn er mit seiner Überzeugung nicht einmal Parteifreunden eine Freude machen kann. Dafür gibt es ein Beispiel, das er heute am liebsten übergangen sehen möchte:

Als vor Jahren die Parlamentarier ihre Diäten erhöhten, machte der auch heute noch aktive Arbeiter Meyer zur Heide nicht mit. Da er aus Rechtsgründen nicht verzichten konnte, überwies er die Erhöhungsbeträge einer karitativen Organisation. Doch als ihm daraufhin der Steuerzahlerbund den „Eisernen Steuergroschen“ antrug, lehnte er diese Auszeichnung ab. „Man sollte so etwas nicht wie ein Aushängeschild vor sich hertragen. Und schon gar nicht Auszeichnungen für Selbstverständliches annehmen.“

Die Herkunft hat sicherlich die starke soziale Komponente im politischen Engagement Meyer zur Heides entscheidend geprägt. Vor nicht ganz 40 Jahren kam er in einem Bauernkotten zur Welt, in dem noch nicht einmal elektrisches Licht brannte. Mit sechs Jahren mußte das vierte von sechs Kindern dem Bauern schon auf dem Felde hel-



Günter Meyer zur Heide (SPD)

fen. Der Vater, ebenso wie der Patenonkel als Arbeiter schon vor 1933 SPD-Mitglied, war zu jener Zeit Soldat. Von der durch ihr stark evangelisch betontes Elternhaus geformten Mutter, so glaubt Meyer zur Heide, hat er das Gerechtigkeitsempfinden „geerbt“.

1961, als er schon aus dem Christlichen Verein Junger Männer ausgeschieden war, stieß Meyer zur Heide zur SPD – besser: wurde er gestoßen. Der Bürgermeister fragte ihn, ob er nicht Mitglied werden wolle. Er wurde. Erst viel später bekam er Kontakt zu den Jusos, als der Jugendring eine gemeinsame Fahrt nach Berlin arrangiert hatte. Die Jusos allerdings, so weiß er sich zu erinnern, hielten ihn damals für ein Mitglied der Jungen Union. Sie lernten ihn aber bald besser kennen und schätzen und wählten ihn in viele führende Ämter.

Klischeevorstellungen passen nicht auf diesen Mann, der heute dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion angehört. Auch aus der Tatsache, daß er sich zur „Keulenriege“, dem Kreis der auch „Teutonen“ genannten ostwestfälischen SPD-Abgeordneten, bekennt, sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen. „Selbstverständlich“ trifft man gewisse Absprachen, aber man ist keine „scheuklappenbehaltete“ Gruppe. Toleranz und Loyalität gehen vor.

Privat ist der Hobby-Angler Meyer zur Heide auch gern „Hausmann“, wenn seine Frau abends „in Politik macht“. Eltern und Kinder – eine siebenjährige Tochter und ein vierjähriger Sohn – nennen sich beim Vornamen. Fürsorglich fragt denn auch die Kleine bei gemeinsamer Radtour: „Du, Günter, wenn ich dir zu schnell fahre, mußt du das sagen.“ In der Politik fährt Meyer zur Heide nie zu schnell, aber immer zielbewußt.

Karl Lohaus